

**Gegenstand: Villa Ecarius, Herstellung eines Lesegartens**  
**Vorlage: 1289/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Ausschussmitglied Roßkopf macht eine grundsätzliche Bemerkung zum Thema „Fördergelder“: Die Erfahrung zeige, dass es angesichts des Eigenanteils, den man dabei aufbringen müsse, nicht immer wirtschaftlich sei, Fördergelder in Anspruch zu nehmen. Eine Stadt, die kein Geld habe, sollte sich jede Maßnahme, auch wenn sie gefördert werde, überlegen. Was das Lesegärtchen angehe stellt er die Frage, ob es nicht wichtigere Dinge gebe, die man mit Fördergeldern erreichen könne, z.B. die von den Grünen schon geforderte Querung des Hirschgrabens. Weiterhin vertritt er die Auffassung, dass der Stadtratsbeschluss nur für das Stadtumbauprogramm gelte, aber nicht für etwas anderes.

Der Vorsitzende antwortet, die Maßnahme sei deswegen aus der Schublade gezogen worden, weil sie vom Stadtrat als eine durchzuführende Maßnahme beschlossen worden sei. Wenn solche Maßnahmen künftig nicht mehr gewünscht würden, solle bitte bei der Konzepterstellung darauf hingewiesen werden. Die Maßnahme sei von den Bürgern gewünscht und vom Stadtrat beschlossen. Die Durchführung werde nur im Falle einer Förderung erfolgen. Im Stadtumbauprozess sei sie nicht förderfähig, also habe sich die Verwaltung um eine andere Finanzierung bemüht und einen Vorschlag unterbreitet. Wenn der Ausschuss jetzt ablehnen wolle, weil das Geld von woanders komme und weil es mehr Fördermittel seien, als im Stadtumbauprozess zu erwarten gewesen wären, dann dürfe er das gerne tun, was aber nicht ganz nachvollziehbar wäre.

Ausschussmitglied Seither verweist auf den KEF und erklärt, derzeit nicht zustimmen zu können angesichts der Kosten, die auf die Stadt zukommen würden.

Ausschussmitglied Jaberg sieht die Problematik der Steuergelder, hält die Maßnahme aber dennoch für vertretbar.

Das stellvertretende Ausschussmitglied Pötzschmann-Wemme verweist auf die Bürgerbeteiligung, die stattgefunden habe und auf den Stadtratsbeschluss vom 02.05.2013. Als Bürger würde sie sich im Falle einer Ablehnung fragen, woran sie sich noch halten könne, wenn nicht an Stadtratsbeschlüsse.

Ausschussmitglied Cußler stimmt unter ausdrücklichem Finanzierungsvorbehalt zu.

**Beschluss (9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der vorgeschlagenen Maßnahme zu.**

**Gegenstand: Aufwertung der Rheinpromenade**  
**Vorlage: 1290/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Ausschussmitglied Dr. Lorenz hält den Bretterverschlag an der Strandbar für drittklassig und regt an, dem Betreiber eine andere Abzäunung zu empfehlen.

Der Vorsitzende sagt zu, bei der nächsten Genehmigung für die Strandbar das Thema aufzugreifen.

Ausschussmitglied Ableiter stellt seine Zustimmung in Aussicht, mit Ausnahme der Beseitigung der Hochbeete.

Der Vorsitzende stellt das Belassen der Hochbeete in Aussicht.

Ausschussmitglied Hinderberger stört die Kosten in Höhe von 80.000,00 €, die die Stadt zahlen müsste. Die wassergebundene Decke sei in einem hervorragenden Zustand.

Ausschussmitglied Cußler hält eine Aufwertung der Rheinpromenade für dringend erforderlich. Es sollte kein Asphalt verwendet werden. Vielmehr befürwortet er eine Alternative zwischen Asphalt und wassergebundenem Belag zu suchen. Er spricht sich dafür aus, die Hochbeete zu erhalten. Der Rheinstrand sei eine Verschandelung der Rheinpromenade.

Der Vorsitzende antwortet, die Frage des Rheinstrandes sei heute nicht Thema, Fragen der Gestaltung nehme er als Anregung gerne mit.

Ausschussmitglied Roßkopf begrüßt die Maßnahme, hält aber die Versiegelung der Wege für nicht optimal und sieht in der Frage der Gestaltung noch Gesprächsbedarf.

Der Vorsitzende antwortet, über die Frage der Gestaltung der Bänke und der Papierkörbe könne in dem neuen Stadtrat gesprochen werden. Die Maßnahme mit dem Wegebau könne allerdings nicht dem neuen Stadtrat überantwortet werden. Der nehme nämlich erst nach der Wahl seine Arbeit auf. Die Gesamtmaßnahme könnte dann nicht rechtzeitig bis zum Juni 2015 durchgeführt werden. Deswegen müsse jetzt über die Frage des Weges entschieden werden. Der Förderantrag müsse jetzt gestellt werden.

Ausschussmitglied Theobald regt an, sandfarbenen Asphalt zu nehmen und mit Split zu bestreuen, damit er optisch so aussehe, wie der wassergebundene Weg vorher, aber in seinem Komfort verbessert werde. Weiterhin fragt er, ob es sich nicht grundsätzlich verhindern lasse, dass diese Wege mit LKW's und Bussen befahren würden. Das sollte durch bauliche Maßnahmen erfolgen, nicht nur durch Beschilderung.

Der Vorsitzende verweist bezüglich des ersten Vorschlages auf die Vorlage, bezüglich des zweiten sagt er eine Prüfung zu.

Ausschussmitglied Feiniler regt an, an den drei Schiffsanlegestellen Stromanschlüsse einzurichten, damit die Schiffe zur Stromerzeugung nicht ihre Motoren laufen lassen müssten. Ausschussmitglied Hinderberger empfiehlt ein Leerrohr mit zu verlegen.

Der Vorsitzende antwortet, bei der städtischen Anlegestelle sei das bereits für die Prüfung vorgesehen. Was die privaten Anlegestellen angehe, gebe es die Schwierigkeit der

Kostenbeteiligung der Privaten. Da gebe es bis jetzt keine positiven Signale. Die Anregung werde geprüft.

Ausschussmitglied Ableiter regt an, die Höhe der Liegegebühr danach auszurichten, ob ein Schiff seinen Strom von den Stadtwerken beziehe oder die ganze Nacht seinen Motor laufen lasse.

Der Vorsitzende antwortet, das sei schon in der Prüfung.

Ausschussmitglied Neugebauer bittet um Vorlage eines genaueren Planes, und dass der Stadtrat nicht nur über die Auswahl der Stühle, sondern auch über deren Standorte entscheiden kann.

Der Vorsitzende sagt zu, dass ein Detailplan vorgelegt werde und der Stadtrat über die Auswahl von 10 Papierkörben sowie über die Standorte der Bänke und Papierkörbe entscheiden werde.

**Beschluss (einstimmig, bei 4 Enthaltungen):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der Maßnahme inhaltlich zu. Die Verwaltung ergreift die erforderliche Vorbereitung zur Förderung (EFRE) und beantragt die Finanzierung der Maßnahme im Nachtragshaushalt 2014. Die Zustimmung erfolgt mit der Maßgabe, dass die Hochbeete erhalten bleiben.**

**Gegenstand: Errichtung von Fahrradparkhäusern auf dem Königsplatz und dem Löffelgassenparkplatz**  
**Vorlage: 1292/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Ausschussmitglied Ableiter spricht sich gegen die Fahrradparkhäuser aus. Der Preis für lediglich 40 Stellplätze sei absurd hoch und gegenüber dem Steuerzahler nicht vertretbar. Er schlägt vor, 4 oder 5 Parkplätze sowohl in der Löffelgasse, als auch am Königsplatz zugunsten eines ganz normalen Fahrradbereiches zu opfern. Für Mietangebote würden sich der Bahnhof und der Hof der Polizei anbieten, wo die Stadt ein paar Parkplätze habe.

Ausschussmitglied Jaberg kritisiert den Standort am Königsplatz, da sich dort der Zugang zum Markt befinde. Er glaubt, dass diese Fahrradabstellmöglichkeit von den Speyerer Bürgern kaum genutzt werde. Die Fahrradparkhäuser seien unverhältnismäßig teuer. Er sieht noch Diskussionsbedarf und sieht sich noch nicht in der Lage zuzustimmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es dafür eine Nachfrage gebe, z.B. von den Nutzern von E-Bikes bzw. Pedelecs. Hochwertige Fahrräder könnten sicher abgestellt werden. Das Abschließen an einem Bügel sei nicht gleichwertig.

Ausschussmitglied Cußler sieht sich im Moment nicht im Stande der Ausgabe zuzustimmen. 7500 € für einen Fahrrad-Stellplatz seien unangemessen, wenn für den doppelten Betrag in einem Wohnhaus ein Tiefgaragen-Stellplatz gekauft werden könne.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass Speyer Fahrrad-Stadt werden wolle, aber ein Fahrrad noch nicht so behandle wie ein Auto. Die Fahrräder, die heute gekauft und benutzt würden, seien meist hochwertige Produkte, für die ein Angebot zum Abstellen gemacht werden müsse.

Ausschussmitglied Feiniler schließt sich seinen Vorrednern an. Speyer sollte eine fahrradfreundliche Stadt sein, aber speziell für Speyerer Bürger. Er glaubt nicht, dass ein Speyerer Bürger sein Fahrrad in so ein Fahrradparkhaus stelle. Es gebe viele Straßenzüge wo eine Menge Platz wäre, um normale Fahrradständer unterzubringen, an denen man das Fahrrad abschließen könne. Das würde für eine fahrradfreundliche Stadt reichen, deshalb könne er dieser Vorlage nicht zustimmen.

Ausschussmitglied Theobald schlägt vor, zunächst eine Anlage anzuschaffen und zu beobachten, ob die funktioniere. Wenn sie gut laufe könnte in ein paar Jahren die nächste angeschafft werden. Ein Bedarf bestehe. Die Fahrräder heute seien mit Schnellspannern ausgestattet. Teile wie Vorderrad, Hinterrad oder Sattel seien schnell geklaut. Es gebe ein Klientel, das garantiert diese Anlage nutze.

Der Vorsitzende antwortet, es sei möglich nur eine Anlage zu beantragen, man könne aber auch drei beantragen.

Ausschussmitglied Roßkopf erklärt, es soll nur gebaut werden, weil es Fördergelder gebe. Er fragt, ob eine Bedarfsanalyse vorgenommen worden sei.

Der Vorsitzende antwortet, es werde nicht geplant, weil es Fördergelder gebe, sondern es gebe den Auftrag, eine fahrradfreundliche Stadt zu strukturieren. Dazu gehörten auch Fahrradaufbewahrungsplätze.

Ausschussmitglied Seither findet solche Fahrradstellplätze außerhalb der Stadt wichtig. Dort könnten Parkplätze geschaffen werden, wo Einpendler ihr KFZ hinstellen könnten und ihr Fahrrad herausholen könnten, um damit in die Stadt zu fahren. Gleichzeitig könne man sich darüber unterhalten, wie man vorhandene Parkhäuser so attraktiv für Fahrradfahrer machen könnte, dass dort bestimmte Stellplätze oder bestimmte Bereiche für Fahrräder genutzt werden könnten.

Der Vorsitzende sagt zu, die Anregung mit den Parkhäusern aufzunehmen. Es würden bereits Gespräche stattfinden.

Ausschussmitglied Ableiter erklärt, er werde keine Zustimmung für 40 Stellplätze zu 300.000,00 € und keine für 20 Stellplätze zu 150.000,00 € erteilen und er werde Wahlkampf dagegen machen, wenn sich eine Mehrheit dafür finden sollte. Es handle sich um eine exzessive Verschwendung von Steuergeldern. Er würde 300.000,00 € als Betrag an EFRE-Mittel durchaus ausgeben, wenn man an allen guten Plätzen, die es gebe und die der Stadt gehörten, ganz normale Bügel aufstellen würde. Dann könne man auch gern die vom ADFC empfohlenen Bügel verwenden. Sehr gerne könnte man auch ein paar normale Boxen aufstellen. Er hätte in diesem speziellen Fall keine Probleme, wenn die Hotels auch 3 oder 4 Boxen in den öffentlichen Straßenräumen bekämen. Im Polizeihof, wo die Stadt eigene Plätze habe, könnten Fahrräder zum Mieten angeboten werden. Er hätte überhaupt keine Probleme nicht nur 300.000,00 €, sondern 600.000,00 € für eine fahrradfreundliche Stadt auszugeben, wenn das, was er dafür bekomme wirklich ein paar hundert Leuten diene und nicht diese Nummer für ein paar Rennradfahrer von auswärts oder Carbon-Fahrrad-Menschen. Das sei doch Quatsch, das sei völlig unverhältnismäßig. Wenn eine gute Maßnahme entwickelt würde, dann stimme er gern zu, dieser Nummer aber nicht.

Der Vorsitzende fragt Ausschussmitglied Ableiter, welches Grundstück im Polizeihof der Stadt gehört.

Ausschussmitglied Ableiter kann diese Frage nicht beantworten. Auf Nachfrage muss er einräumen, dass er lediglich davon ausgegangen sei, dass die Stadt dort Stellplätze habe.

Ausschussmitglied Zehfuß erklärt, er würde es für ein extrem falsches Signal halten, wenn dieser Punkt abgelehnt würde. Er schlägt vor, den Punkt zu vertagen, damit man weitere Alternativen bekomme sowohl hinsichtlich der Ausführung wie auch der Standorte.

Ausschussmitglied Dr. Lorenz hält die Vorlage für ein typisches Thema für den Verkehrsausschuss. Es gebe keine verlässlichen belastbaren Zahlen.

Der Vorsitzende antwortet, es gebe keine Analyse i.S. einer gutachterlichen Darstellung. Es seien alle kontaktiert worden, die mit Fahrradverkehr zu tun hätten, wie z.B. der ADFC oder der Fahrradbeauftragte. Die seien bei der Ausarbeitung des Konzeptes gefragt worden, ob sie es für sinnvoll halten würden oder nicht.

Der Vorsitzende fasst die verschiedenen Vorschläge und Anregungen zusammen und lässt darüber abstimmen.

## **Beschlüsse:**

### **Antrag auf Vertagung und Überarbeitung der Vorlage:**

**7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen.**

**Statt 2 nur 1 Fahrradparkhaus auf dem Königsplatz:**

**5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.**

**Statt 2 nur 1 Fahrradparkhaus in der Löffelgasse:**

**0 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.**

**Beschlussvorlage:**

**3 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen.**

**Der Vorsitzende stellt fest, dass die Fahrradparkhäuser damit abgelehnt sind.**

35. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 02.04.2014

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3.1

---

**Gegenstand: Instandsetzung der Schneckennudelbrücke (BW 405) am  
Hauptbahnhof Speyer  
Vorlage: 1277/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Rentel vom Planungsbüro Rogmann aus Homburg.

**Beschluss (einstimmig):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der geplanten Instandsetzungsmaßnahme zu.**

**Gegenstand: Ausbau der Großen Himmelsgasse-Johannesstraße-Armbruststraße  
Vorlage: 1287/2014**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Mangold und Frau Ilyna vom Planungsbüro Piske.

Ausschussmitglied Hinderberger stellt die Frage, ob es tatsächlich notwendig sei, vom Dom bis zur Salzgasse das gleiche Pflaster wie in der Maximilianstraße zu verwenden.

Der Vorsitzende antwortet, das sei bislang so vorgesehen. In Frage des Pflasters könne noch eine Rückmeldung gegeben werden.

Ausschussmitglied Ableiter äußert Bedenken gegen die Verwendung von gestocktem Granit und empfiehlt, das obere Stück mit lärmminderndem Belag zu asphaltieren, die Bürgersteige menschenfreundlich, behindertengerecht und barrierefrei zu machen. Das Geschirrpflaster sei wunderbar und ein anderes Pflaster sei überflüssig.

Der Vorsitzende bemerkt, dass der lärmmindernde Asphalt bei Schrittgeschwindigkeit eine Wirkungskraft von Null habe.

Ausschussmitglied Neugebauer vertritt ebenfalls die Auffassung, dass das Geschirrpflaster in einem sehr guten Zustand sei und aus Kostengründen ausgespart werden sollte. In der Bürgerversammlung seien die Kostenbeteiligung der Bürger und der Terminplan zu kurz gekommen.

Ausschussmitglied Feinler äußert Bedenken, ob das Pflaster, das auf der Maximilianstraße verlegt wurde, durchgängig bis Salzgasse verlegt werden sollte. Vielleicht könnte ab der Dreifaltigkeitskirche ein günstigeres Pflaster verwendet werden.

Der Vorsitzende antwortet, er nehme diese Anregung mit auf.

**Beschluss (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der Entwurfsplanung des Planungsbüros PISKE zu.**

**Die Ausschussmitglieder Boiselle und Roßkopf nahmen an der Diskussion und an der Abstimmung wegen Befangenheit nicht teil.**

35. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 02.04.2014



35. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses 02.04.2014 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!